

- Inhalt:*
- Liebe Kolleginnen und Kollegen
  - Wenn die Justiz ein Spaßbad wäre
  - Forum zum Konzept der Gerichtsreduzierung
  - erstes Gespräch mit OLG Präsidenten
  - Wer hätte das gedacht...zentrales Mahngericht
  - Information zum Verfahren Peter Schulz
  - [www.gesetze-im-internet.de](http://www.gesetze-im-internet.de)
  - Gesucht wird...
  - DJG – Cup 2006
  - Kurz notiert



## Liebe Kolleginnen und Kollegen,



es weht ein scharfer Wind durch Brandenburg.

Wenn wir früher davon ausgegangen sind, dass mit dem Jahresende auch Beschaulichkeit, innere Ruhe und Entspannung kommen, so stellen wir leider heute fest, dass Hektik, Stress und Sorge um den Arbeitsplatz unser Denken, Handeln und unseren Alltag bestimmen.

Und in der Tat, die Zeiten des sich Zurückziehens und die Verantwortung an andere abgeben, sind vorbei. Wer sich heute nicht selbst einbringt und um den Erhalt seines Arbeitsplatzes und seiner Rechte ringt, kann sich bereits morgen am anderen Arbeitsort wiederfinden. Wir sind alle persönlich angesprochen, Flagge zu zeigen im Ringen um den Erhalt unseres Arbeitsplatzes und unseres Amtsgerichts.



**Halt und engagierte Unterstützung bei der Durchsetzung persönlicher Rechte und gemeinsamer Ziele finden wir nur im gewerkschaftlichen Miteinander. Eine Gewerkschaft ist so stark und entschlossen wie es ihre Mitglieder sind!**

**Alle noch unentschlossenen Kolleginnen und Kollegen sollten deshalb eine Mitgliedschaft in der DJG überdenken.**



Mit dem neuerlich vorgelegten Konzept zur **Reduzierung der Amtsgerichte** sollen nicht nur Gerichtsstandorte aufgegeben sondern **alle Grundbuchämter zentralisiert** werden.

Diese Maßnahme, sollte sie tatsächlich umgesetzt werden, würde bedeuten, dass ein großer Teil der Bediensteten den gewohnten Arbeitsort verlassen und sich an anderen Orte sesshaft machen muss.

Was das für jeden Einzelnen bedeutet, brauche ich hier nicht aufzuzeigen...

Bereits im Jahre 2005 umgesetzt ist die Schaffung eines „**Gemeinsamen Juristischen Prüfungsamtes Berlin-Brandenburg**“ mit Sitz in Berlin, **Oberverwaltungsgerichts Berlin-Brandenburg mit Sitz in Berlin** **Landessozialgericht Berlin-Brandenburg mit Sitz in Potsdam**



Die Schaffung eines gemeinsamen **Landesarbeitsgerichts in Berlin** und eines **Finanzgerichts in Cottbus** stehen noch aus, wobei die Berliner Finanzrichter bereits Klage zur Prüfung der Rechtmäßigkeit der Gerichtsfusion vor dem Bundesverfassungsgericht erhoben haben, weil sie den Weg nach Cottbus scheuen. Es liegt der Staatsvertrag über ein **gemeinsames elektronisches Mahngericht Berlin-Brandenburg mit Sitz in Berlin** bereits zur Abstimmung im Landtag.

Mit Personaleinsparungsvorhaben und Personalbewegungen, Verwaltungsoptimierungsmaßnahmen, Strukturveränderungen und Justizreformen werden wir uns auch in der kommenden Zeit sachgerecht auseinandersetzen müssen.

Der Vorstand der Deutschen Justiz –Gewerkschaft wünscht Ihnen und Ihren Angehörigen für das bevorstehende Weihnachtsfest und den Jahreswechsel innere Ruhe, Entspannung und Beschaulichkeit, um auch im Jahre 2006 die notwendige Kraft und Energie zu haben, unsinnigen Sparmaßnahmen zu trotzen.

**Nur gemeinsam sind wir stark!**



## Wenn die Justiz ein Spaßbad wäre .....

dann bräuchten wir um den Erhalt der Amtsgerichte in unserem Lande nicht fürchten!!!

Der desolate Zustand des Landeshaushaltes muss für vieles herhalten, insbesondere als Begründung für vielfältige und teilweise unsinnige Kürzungsmaßnahmen. Durch eine fehlerhafte Finanzpolitik und leichtsinnigen Umgang mit Fördermitteln durch die Landesregierung selbst verursacht, wird durch chaotische und oftmals nicht nachvollziehbare Kürzungen selbst bei Pflichtaufgaben des Staates versucht, den Schaden zu begrenzen.

Dass dem Justizhaushalt lediglich **3,4 %** vom Landeshaushalt zugestanden wird, zeigt schon, dass die Landesregierung eine fehlerhafte Einstellung zur Justiz als 3. Säule der Staatsmacht hat.

**Übrigens:** **Finanzminister Speer** hatte sich persönlich für die Freigabe von Fördermitteln in Höhe von **39 Mill. Euro** für die Errichtung eines Spaßbades in der Landeshauptstadt eingesetzt. **Wirtschaftsminister Junghanns** stimmte dieser Förderung nicht zu !!!



Unstrittig ist, dass alle Ressortchefs, also auch die Justizministerin, eine Verantwortung für den Haushalt und den sorgsamsten Umgang mit den Steuermitteln haben, vergessen wird dabei, die Verantwortung aller Kabinettsmitglieder für Rechtssicherheit, Rechtsgewährung und Rechtsverwirklichung. Allein aus dem besonderen Status der Justiz heraus, stünden ihr von allen Ressorts eine besondere Auf-

merksamkeit zu. Stellenabbauverpflichtungen von 463 Stellen bis 2009, damit verbundene Arbeitsverdichtungen und Verfahrensverzögerungen sind hingegen Realität.

Bedenklich in diesem Zusammenhang ist, dass sich die Justizministerin gegen solche Maßnahmen und Vorhaben nicht wirksam zur Wehr setzt.

Mit dem neuerlich vorgelegten Konzept zur **Reduzierung der Amts- und Arbeitsgerichte** wirft sie eifertig dem Finanzminister 7 Amts- und 1 Arbeitsgericht in die „Opferschale“, überlässt diesem den Eingriff in die Strukturreform der Justiz und beteiligt sich damit aktiv an der Demontage ihrer eigenen funktionierenden flächendeckenden brandenburgischen Justiz. **Wem die Gunst der Stunde schlägt und welches Amtsgericht auch weiterhin in der Nähe der Bürger verbleiben darf, entscheidet nun der Finanzminister!**



Damit jedoch nicht genug:

Das Konzept stellt sehr deutlich auf die **Zentralisierung der Grundbuchämter** ab. Auch wenn der Staatssekretär in dem Forum der DJG am 28. 11. 2005 sehr geschickt von dieser Problematik der Zentralisierung der Grundbuchämter abgelenkt hat, liegt gerade in diesem Vorhaben die größte „Gefahr“ für den Bestand der im Konzept benannten Amtsgerichte.

Die Ausgliederung der Grundbuchämter soll entsprechend des Konzeptes in zwei Schritten - also auch **losgelöst von der Reduzierung der Amtsgerichte** - erfolgen.

Diesem Vorschlag wird der Finanzminister gerne folgen, denn die Ausgaben für die Zentralisierung der Grundbuchämter des Landes Brandenburg werden vermutlich vertretbar und verhältnismäßig gering sein, zumal die entsprechenden Liegenschaften entweder in Wünsdorf oder Groß Glienicke vorhanden sind, zwei durch die Landesregierung mit großem finanziellen Aufwand in Stand und in Sand gesetzte Investitionsvorhaben und einer sehr günstigen Nähe zu Berlin.

Technisch ist dieses Vorhaben nach Abschluss der landesweiten Einführung von SOLUM-Star ohne

großen Aufwand realisierbar. Es steht zu befürchten, dass dann die Begründung, unter haushaltspolitischen Erwägungen die Reduzierung der Amtsgerichte vornehmen zu müssen, überzeugen wird, zumal mit Blick nach Berlin die Errichtung eines späteren gemeinsamen Grundbuchamtes „Berlin – Brandenburg“ auf dem Gebiet des Landes Brandenburg politisch bestimmt reizvoll ist. Ob damit allerdings die Justizministerin ihrer Verantwortung gegenüber den Justizbediensteten einerseits und dem Anspruch der Bürger auf Rechtssicherheit und -geborgenheit gerecht wird, steht arg im Zweifel.

Wie schon gesagt, wenn die Justiz ein Spaßbad wäre.....

## Forum zum Konzept der Reduzierung von Amts- und Arbeitsgerichten

In Vorbereitung des Forums, zu dem jedes Mitglied persönlich eingeladen wurde, führte die **Landesvorsitzende Sabine Wenzel** mehrfache Gespräche mit der Justizministerin, dem Staatssekretär, mit Direktoren und Bediensteten der Gerichte, mit Rechtsanwälten und Kommunalpolitikern der im Konzept namentlich benannten Städte sowie mit den Landtagsabgeordneten von Die Linke, PDS, SPD und CDU, die an dem Forum teilnahmen.

Fernerhin nahm Sabine Wenzel am 10. November 2005 z. B. auf Einladung an der **Stadtverordnetenversammlung der Stadt Bad Freienwalde** teil und brachte dort zum Ausdruck, dass die Notwendigkeit des **gemeinsamen Handelns** und **Vorbringens von Sachargumenten** gegen das beabsichtigte Sparvorhaben nunmehr notwendig ist, da die Reduzierung von Gerichtsstandorten nicht nur für die Justizbediensteten sondern auch für die Wirtschaft große Verluste nach sich zieht.



### **Das Forum fand am 28. November 2005 in Potsdam statt.**

Die Kommunalpolitiker haben die Botschaft der DJG verstanden und nahmen das Angebot zur Teilnahme an dem Forum gerne an. Wortgewaltig und einstimmig brachten sie zum Ausdruck, dass das Konzept wenig durchdacht ist und keine klaren Vorstellungen enthalte.

Landesvorsitzende S. Wenzel im Gespräch mit Landtagsabgeordneten der SPD Holzschuher am 29.10.2005.

Der Vorstand der DJG hätte sich gewünscht, dass auch die Justizbediensteten selbst die Wichtigkeit der persönlichen Präsenz erkannt und sich zahlreich zu Wort gemeldet hätten. Die Resonanz und das Interesse an dieser Veranstaltung waren dennoch groß.

Neben der **Berichterstattung im rbb-brandenburg und in verschiedenen Regionalzeitungen**, erreichten den Vorstand vielfache Hinweise und Anrufe, so dass im Frühjahr nach Vorliegen der konkreten Zahlen der Wirtschaftlichkeitsberechnungen weitere Gesprächsrunden organisiert werden.

## Ein erstes Gespräch mit dem neuen Präsidenten des Brandenburgischen Oberlandesgerichts,

Herrn Prof. Dr. Farke, fand am 08. September 2005 statt.

Gepägt war diese Zusammenkunft durch eine angenehme Atmosphäre. Nach den einleitenden Worten des Herrn Präsidenten stellten wir uns zunächst als Landesverband vor. Selbstverständlich hatten wir auch eine Menge Fragen im Gepäck. So wurde im gemeinsamen Gespräch versucht, den Sachstand zu schon länger bestehenden ungeklärten Sachverhalten und aktuellen Problemen festzuhalten. Insbesondere

*Let's talk about!*

- Was beinhaltet das Konzept zur Landesjustizkasse?
- Wie steht es um die Zusammenlegung der Gerichte?
- Wann kann mit Beförderungen im Geschäftsbereich des OLG gerechnet werden?
- Was ist an den Gerüchten dran, dass ein gemeinsames elektronisches Mahngericht mit Berlin errichtet wird?
- Warum wird die Nutzung des Jobtickets nicht allen Bediensteten angeboten?
- Welche Übergangsregelungen bestehen für die Anerkennung als Justizfachwirt?
- Veröffentlichung von Gewerkschaftsinformationen im Intranet

Auf all die Fragen haben wir nicht wirklich eine Antwort erhalten.

Einige Informationen konnten wir zwischenzeitlich aus der Presse erfahren. Andere werden wir uns höchst wahrscheinlich dann doch von anderer Stelle einholen müssen.

### Wer hätte das gedacht ....

Nicht genug damit, dass der Staatsvertrag zur Fusionierung der Obergerichte nur in erster Etappe umgesetzt ist und die Berliner Finanzrichter den zweiten Schritt unbedingt verhindern wollen – denn jeder wird verstehen, dass es den Richtern nicht zuzumuten ist, statt in der Bundeshauptstadt Berlin bald in der Provinzstadt Cottbus für Recht und Ordnung im Zuständigkeitsbereich des Finanzgerichts sorgen zu müssen - schon wird ein neuer **Staatsvertrag über die Errichtung des Zentralen Mahngerichts Berlin - Brandenburg** mit Sitz in Berlin präsentiert. Im Unterschied zu dem erstgenannten ist in diesem Staatsvertrag festgelegt, „**dass die Beschäftigten – es handelt sich um Bedienstete des nichtrichterlichen Dienstes - in einem Dienstverhältnis zum Land Berlin stehen. und dass das Land Berlin in angemessenem Umfang Bedienstete des Landes Brandenburg übernimmt.**“ „Zwar hat die Justizministerin in mehreren Gesprächen zu unterschiedlichen Gelegenheiten eine Beschäftigungszahl von 13 Personen genannt, die in das Land Berlin überwechseln könnten, zur Umsetzung jedoch fehlen wieder konkrete



Angaben. Man sollte annehmen, dass die Fehler aus der ersten Fusionierung sich nicht wiederholen. Oder ist dies Methode? Vielleicht, so könnte man mutmaßen, wird davon ausgegangen, dass kein Bediensteter unser Land verlassen will und dazu auch nicht gezwungen werden soll!?... Immerhin, so einfach dürfte sich eine Versetzung in ein anderes Bundesland, wie bekannt, auch nicht gestalten, und bei den Angestellten ist das überhaupt nicht möglich. Ein Angestellter müsste das bestehende Arbeitsverhältnis kündigen, um in Berlin ein neues Arbeitsverhältnis zu begründen und das bei einem Stopp für Neueinstellungen in Berlin. Wer will sich auf dieses Risiko wirklich einlassen? Was geschieht mit dem Angestellten, wenn die Probezeit in Berlin nicht bestanden wird oder der Angestellte selbst in die brandenburgische Justiz zurückkehren will? Ist der neuerliche Staatsvertrag, der übrigens zum 01.06.2006 wirksam umgesetzt werden soll, jetzt ein weiteres Instrument der Personaleinsparungen? Dabei bleibt die nachhaltige Forderung aus der Wirtschaft und dem kommunalen Bereich **Brandenburg zu stärken** mal wieder auf der Strecke. **Was ist das für eine Landesregierung, die ihre Bediensteten verschachert?**

### Information zum Verfahren Peter Schulz

#### **Strafvorwurf der Veruntreuung gegen Peter Schulz gerichtlich festgestellt**

Am 24.11.2005 wurde der ehemalige Geschäftsführer und stellvertretende Landesvorsitzende der Deutschen Justizgewerkschaft - Landesverband Brandenburg, **Peter Schulz**, der **Veruntreuung** von Gewerkschaftsgeldern vom Amtsgericht Zossen für schuldig befunden.

Der Vorstand der DJG hatte sich nach Kenntnis der kriminellen Handlungsweisen ihres Geschäftsführers intensiv um die Aufklärung des Sachverhalts bemüht, ihn mit sofortiger Wirkung von seinem Amt entbunden, aus der Gewerkschaft ausgeschlossen und nach Feststellung aller relevanten Fakten Strafanzeige erstattet. Die Entscheidung des Gerichts, die noch nicht rechtskräftig ist, beinhaltet die **Feststellung**, dass Herr Schulz die ihm durch den Auftrag der Justizgewerkschaft eingeräumten **Befugnisse missbraucht** und die ihm obliegende Pflicht, fremde Vermögensinteressen gewissenhaft wahrzunehmen, verletzt hat und dadurch der Deutschen Justizgewerkschaft einen Nachteil zugefügt hat. Wir gehen anhand der uns vorliegenden Unterlagen davon aus, dass darüber hinaus Herr Schulz sich durch

diese Handlungen **persönlich** zum Nachteil der Deutschen Justizgewerkschaft **bereichert** hat, da er Gewerkschaftsgelder über sein Privatkonto abgewickelt hat. Herr Schulz hat durch sein bisheriges Verhalten nicht gezeigt, dass er seine Handlungsweisen als eklatanten Vertrauensmissbrauch begriffen hat. **Die auf sein Privatkonto überwiesenen Gelder hat er bisher nur zum Teil und teilweise ohne Anerkennung einer Rechtspflicht zurückgezahlt.** Vorsätzlicher Gesetzesbruch durch Bedienstete der Justiz wird weder von den Beschäftigten in der Justiz noch von der Bevölkerung akzeptiert. Dass Herr Schulz aber keine Notwendigkeit zu Konsequenzen in seinem ebenfalls auf Vertrauen basierenden Mandat **als Personalvertreter** und insbesondere in seinem Amt als **Vorsitzender des Bezirkspersonalrates beim Brandenburgischen Oberlandesgericht** sieht, beweist eindeutig, dass die erforderlichen Schlussfolgerungen von ihm nicht gezogen sind und weiterhin wohl kaum erwartet werden dürfen. **Wir werden verfolgen, wie die Justizspitzen auf das Urteil reagieren und im Interesse einer sauberen und glaubwürdigen Justiz darauf hinwirken, dass entsprechende Schlussfolgerungen gezogen werden.**

[www.gesetze-im-internet.de](http://www.gesetze-im-internet.de)

Bundesjustizministerin Brigitte Zypries hat heute im Rahmen des Festaktes zum 20-jährigen Jubiläum der juris GmbH den öffentlichen Zugang auf alle Gesetze und Rechtsverordnungen des Bundes im Internet freigeschaltet. „Unter [www.gesetze-im-internet.de](http://www.gesetze-im-internet.de) stellt das Bundesjustizministerium in einem gemeinsamen Projekt mit der juris GmbH Bürgerinnen und Bürger das gesamte aktuelle Bundesrecht kostenlos bereit. Bislang war eine Auswahl von etwa 750 Gesetzen und Verordnungen abrufbar, ab sofort sind auf den Webseiten rund 5.000 Gesetze und Rechtsverordnungen des Bundes in der aktuell geltenden Fassung barrierefrei verfügbar“, sagte Zypries.



### Gesucht wird

ab sofort ein zweiter **Kassenprüfer/in**, der kommissarisch - bis zum nächsten Vertretertag im Herbst 2006 - die Aufgaben nach § 11 der Satzung der DJG übernehmen möchte. Es handelt sich um eine sehr verantwortungsvolle ehrenamtlich Tätigkeit, der eine besondere Bedeutung zukommt. So können nur durch eine gründliche Prüfung der Kassengeschäfte Unregelmäßigkeiten, wie mit Prüfung vom 22.01.2003 geschehen, aufgedeckt und dem Vorstand entsprechende Handlungsmöglichkeiten empfohlen werden (ggf. bis hin zu Personalveränderungen und dem Ausschluss aus der DJG).

**Interessenten melden sich bitte bis zum 30.01.2006 bei der Geschäftsführerin der DJG Andrea Müller (AG bad Liebenwerda) oder unter der bekannten Anschrift unserer Geschäftsstelle in Zossen.**



### DJG - Cup 2006 Fußballfieber für den guten Zweck

**Am 29. 05. 2006 ist es wieder soweit!** Zum bereits dritten Mal lädt die DJG Landesverband Niedersachsen zum inzwischen traditionsreichen Fußballturnier am 29. 05. 2006 nach **Verden (Aller)** ein. Unter der Schirmherrschaft der niedersächsischen Justizministerin Elisabeth Heister-Neumann werden wieder zahlreiche Mannschaften der Justizbehörden aus den Bundesländern den Ball für einen guten Zweck treten. Der bewährte Organisator (Hilli Hilbrands -Vorsitzender des Landesverbandes) hofft wieder auf eine starke Beteiligung diesmal noch mehr Bundesländer die auch gerne ihre Frauenmannschaften auftreten lassen sollen. Der Reinerlös dieser Benefiz-Veranstaltung wird wieder der Stiftung Opferhilfe zukommen für die es sich sicherlich lohnt gegen den Ball zu treten. Soweit sich Sponsoren finden, ist diesmal der Auftritt einer ostfriesischen Band gesichert, die sicher auch die vielen Zuschauer kurzweilig unterhalten wird. Interessierte melden und registrieren sich bitte bei Sebastian Wille unter unserer e-mail Adresse, zwecks Zusammenstellung einer Brandenburgischen Mannschaft.



## Kurz Notiert

### **-Freundschaften aufgebaut**

Der Vorstand hat Kontakte aufgenommen zu befreundeten Gewerkschaften in Belgien, Italien und Polen. Da unsere politische Bildungsreise nach Österreich auf so großes Interesse gestoßen ist, sind wir bemüht, auch im kommenden Jahr eine solche zu organisieren. Wie wäre es also mit Brüssel, Rom oder Warschau?

### **- Justizfachwirt nachgefragt**

Mit Schreiben vom 07.12.2005 hat die DJG bei unserer Justizministerin Frau Blechinger nachgefragt, ab wann die Berufsbezeichnung geführt werden kann und wie die Betroffenen jenes mitgeteilt bekommen, fehlt doch in der entsprechenden Verordnung eine Aussage darüber. Wir sind auf die Antwort gespannt.

### **- Was planen wir noch?**

Geplant ist der Besuch des Bundestages mit anschließender Gesprächsrunde mit der Abgeordneten Reiche sowie eine Besucherfahrt.

### **- Wahlen**

Im nächsten Jahr stehen wieder Wahlen in die obersten Personalvertretungen, nämlich **Bezirks- und Hauptpersonalrat** an. Wer stellt sich zur Wahl? Interessierte Mitglieder bitte beim Vorstand melden!



© Der Richter fragte den Landstreicher: "Wann arbeiten Sie eigentlich?" "Ach, hin und wieder." "Und was arbeiten Sie?" "So dies und jenes." "Und wo arbeiten Sie?" "Hier und dort." "Haben Sie vielleicht einen Wohnsitz?" "Mal ja, mal nicht." "Dann", sagte der Richter, "werde ich Sie jetzt erstmal einbuchen." "Und wann komme ich wieder raus?" "Früher oder später!"

© Am Postamt Christkindl langt ein Brief von einem kleinen Mädchen ein: Liebes Christkind! Ich wünsche mir schon lange ein Fahrrad, welches dreitausend Schilling kostet. Aber meine Eltern sind so arm und können mir keines kaufen. Darum wünsche ich mir von Dir das Geld für das Fahrrad. Die Postbeamten öffnen ihre Brieffaschen und legen zusammen. Es werden zweitausendsiebenhundert Schillinge. Sie sind der Meinung, die fehlenden dreihundert Schillinge werden die Eltern doch aufbringen können und schicken dem armen Kind das Geld. Nach einigen Tagen kommt das Dankschreiben: Liebes Christkind! Ich danke Dir für die zweitausendsiebenhundert Schillinge. Die dreihundert Schillinge, die noch fehlen, haben sich wahrscheinlich die Postler unter den Nagel gerissen.

Für Fragen, Hilfe und Informationen steht die DJG jederzeit zur Verfügung. Auch Leserbriefe sind willkommen sowie Anregungen für Mitteilungen etc., die in der nächsten Ausgabe erscheinen sollten.



DJG Vorsitzende: Sabine Wenzel,  
Goethestrasse 28,  
15834 Rangsdorf.  
e-mail : [wenzelsabine@t-online.de](mailto:wenzelsabine@t-online.de)